

Neuer Vorstandsvorsitzender für BP?

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung
für die Woche vom 19. Juli bis 25. Juli 2010*

(csh) Schlagzeilen machte vergangene Woche wieder einmal BP. Vorstandsvorsitzender Tony Hayward steht immer häufiger in der öffentlichen Kritik, es wird über einen möglichen Rücktritt des Topmanagers diskutiert. Weiterhin richtete sich die Aufmerksamkeit der Medien auf die Streitigkeiten zwischen dem US Kongress und Präsident Obama um Steuersenkungen und eine höhere finanzielle Unterstützung für Langzeitarbeitslose.

Wie das *Wall Street Journal* vergangene Woche berichtete, gehen die Verhandlungen über einen möglichen Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden des Ölkonzerns BP, Tony Hayward, in die letzte Runde. Diese Woche soll in der Vorstandssitzung, an der Hayward vermutlich nicht teilnehmen wird, über eine mögliche neue Spitze des Ölkonzerns entschieden werden. Im Falle eines Rücktrittes würde der Amerikaner Robert Dudley das Amt des Vorsitzenden übernehmen. Ein Sprecher des Konzerns machte der Presse gegenüber deutlich, dass Haywards Rücktritt nicht in Verbindung mit seiner Person oder den Untersuchungen gegen BP vor dem Hintergrund der Ölkatastrophe stehe. Vielmehr sei Hayward nicht mehr in der Lage den Namen BP weltweit und vor allem auf dem amerikanischen Markt zu alter Größe zu verhelfen. Auch meldete die Presse, dass erneut Öl in den Golf von Mexiko fließt. Der *Washington Post* nach tritt das Öl rund um das erst kürzlich verschlossene Leck in der Ölleitung aus. Die Regierung und die zuständigen BP-Mitarbeiter entschieden sich das Ventil trotzdem nicht zu entfernen und abzuwarten, wie sich die Situation entwickeln würde.

In Washington kam es vergangene Woche erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Demokraten und den Republikanern. Die Auseinandersetzungen drehten sich, der *New York Times* nach, um die von Ex-Präsidenten Bush 2008 eingeführten steuerlichen Entlastungen für Spitzenverdiener. Insbesondere vor dem Hintergrund der im November stattfindenden Midterm-Wahlen kann eine Entscheidung dieser Frage große politische und wirtschaftliche Folgen mit sich bringen. Präsident Obama und die meisten der Demokraten wollen momentan keine Änderung am momentanen Steuersatz vornehmen. Erst nach Ablauf des Jahres und vor allem in einer stabileren Wirtschaftslage wäre man bereit etwas zu ändern, so die *New York Times*. Das republikanische Lager setzt währenddessen dafür ein, die Steuervergünstigungen auf weitere Einkommensklassen zu erweitern und die Erholung der Wirtschaft nicht zu gefährden.

Einig waren sich beiden Parteien bei der von Präsident Obama unterstützten Erhöhung der finanziellen Unterstützungen für Langzeitarbeitslose. Die *Washington Post* berichtete, dass sowohl Demokraten als auch Republikaner bei einer Arbeitslosenrate von 9,5 Prozent bereit seien den Rahmen staatlicher Unterstützung zu erweitern. Präsident Obama sprach gegenüber dem Blatt von einem gemeinsamen Erfolg.

Quellen:

www.nyt.com

www.slate.com

www.wallstreetjournal.com

www.washingtonpost.com